

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 28.07.2021

über die 3. Sondersitzung des Hauptausschusses
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	08.06.2021	Ort :	06366 K ö t h e n (A n h a l t)
Beginn :	18:30	Straße :	Marktstraße 1-3
Ende :	19:30	Raum :	Ratssaal

Anwesende Mitglieder
lt. Teilnehmerliste :

12 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB), (OB)
Jürgen Richter (AL), (Amt 10)
Birgit Leps, (Amt 14)
Steffi Denell (SB), (Ratsbüro)

Außerdem waren
anwesend (Gäste) :

-

Tagungsleitung :

Bernd Hauschild

Schriftführer :

Steffi Denell

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin

Bernd Hauschild

Steffi Denell

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	E i n w o h n e r f r a g e s t u n d e	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Freigabe von Mitteln auf dem Untersachkonto 00000.57200 für die Durchführung einer Ehrenamtsveranstaltung	2021081/1
2.4	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Vergabebeschlüsse für das Projekt "IT-Ausstattung für die Grundschule Kastanienschule Köthen (Anhalt) - Digitalpakt"	2021074/1
3.4	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

1.1 Einwohnerfragestunde

Keine Einwohner anwesend

1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung

Der **OB** stellt mit 12 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

2.1 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird einstimmig bestätigt.

2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Der **OB** informiert über den Stand der städtischen Impftermine im Köthener Impfzentrum. Durch Mitarbeiter der Verwaltung konnten 2800 Köthener Einwohner Ü70 und Priorität 3 ein Impfangebot gemacht werden, das von 1700 Impfberechtigten in Anspruch genommen wurde. Für die Resttermine des Landkreises, die der Verwaltung zur Verfügung stehen, soll eine Hotline geschaltet werden. Abschließend bedankt sich der OB bei allen Helfern, die zu den Impftagen helfen u.a. Stadträte und Studenten der Hochschule. Weiter bedankt sich der OB bei allen Wahlhelfern, die zur Kreistags- und Landratswahl geholfen haben.

2.3 Freigabe von Mitteln auf dem Untersachkonto 00000.57200 für die Durchführung einer Ehrenamtsveranstaltung

StR Maaß erklärt sich als befangen und nimmt an der Abstimmung und Diskussion zum Tagesordnungspunkt nicht teil.

StR Kasperski weist auf Unstimmigkeiten im Kostenplan des Antrages des Vereins hin. Unter 3.5 wurden die Kosten für das Buffet kalkuliert. Da die Veranstalter von 200 Personen ausgehen und die Kosten für das Essen auf 20,00 € pro Person festgelegt wurde, muss die Summe für Punkt 3.5 im Kostenplan 4000,00 € betragen. Weiter fragt er nach Punkt 3.17 Rechtsberatungskosten und nach Punkt 3.18 Steuerberatungskosten. Er bittet um Informationen warum die Posten durch externe Dienstleister abgedeckt werden, der Verein könnte diese Posten personell selbst abdecken.

Der **OB** erklärt, dass die Kostenplanung des Vereins zu Punkt 3.17 und 3.18 durch die Mitglieder des Hauptausschusses nicht bewertet werden kann. Zu den Unstimmigkeiten in der Kostenplanung erklärt der OB, dass die Summe des Finanzierungsplanes höher ist, als die Summe des berechtigten Kostenplanes, sodass der Kalkulationsfehler nicht ausschlaggebend ist.

StR Kasperski bestätigt, dass der Verein für sich steht. Er verweist auf die angegebenen Firmen für die Rechtsberatung und Steuerberatung und erklärt, dass ein Vorstandsmitglied des Vereins für die Firmen tätig ist.

StR Müller schließt sich den Ausführungen des StRs Kasperski an und erklärt, dass es um eine Veranstaltung für Ehrenamtliche geht, sodass die Rechtsberatungskosten und Steuerberatungskosten fraglich sind. Weiter weist er daraufhin, dass er der Ansicht ist, dass im Untersachkonto 10.000 € für Ehrenämter eingestellt wurde und mit den Mitteln nicht nur die Veranstaltung gefördert werden sollte. Er erklärt, dass alle Vereine aufgerufen sind, Anträge zu stellen.

Der **OB** erklärt, dass im Hauptausschuss der Haushaltsantrag für die Mittel über 10.000 €

dahingehend mehrheitlich geändert wurde, dass die Mittel für den Ehrenamtsball genutzt werden sollen.

StR Langner erklärt, dass zum Vereineball Ehrenamtliche aus allen Vereinen eingeladen sind.

StR Müller fragt nach der bisherigen Finanzierung des Vereineballs.

Der **OB** erklärt, dass der Vereineball bisher nicht mit Zuschüssen der Stadt finanziert wurde.

StRn Zerrenner informiert, dass im Protokollauszug des Sozial- und Kulturausschusses Mittel für die Stärkung des Ehrenamtes eingestellt wurden, beispielsweise für einen Ehrenamtsball oder Ehrenamtsabzeichen. Sie erklärt, dass die Mittel nicht nur für den Vereineball veranschlagt werden sollten.

StR Reisbach verweist auf die Abstimmung zum Haushalt, in der die Mittel für den Vereineball abgestimmt wurde. Einer jetzigen Splittung der Mittel wird er nicht zustimmen.

StR Kasperski spricht sich auch gegen die Splittung der Gelder aus.

StRn Lange fragt, ob im Anschluss der Veranstaltung eine Abrechnung erfolgt. Weiter fragt sie, ob nicht ausgeschöpfte Mittel an die Stadt zurückzuführen sind.

Der **OB** erklärt, dass die Abrechnung genau wie die Abrechnungen zu den Städtepartnerschaftsmitteln erfolgen wird, nicht veranschlagte und mit Quittung belegte Mittel müssen an die Stadt zurückgegeben werden.

StRn Buchheim erklärt, dass der Antrag zum Haushalt aus dem Sozial- und Kulturausschuss für die Mittel für die Stärkung des Ehrenamtes, beispielsweise für einen Ehrenamtsball oder Ehrenamtsabzeichen, dahingehend geändert wurde, dass die Mittel explizit für den Vereinsball sind. Sie ist der Ansicht, dass die Mitglieder an den Beschluss des Haushaltes gebunden sind und diesen nicht abändern sollten.

Abstimmungsergebnis: 9 / 1 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)

2.4 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)

StR Maaß erklärt, dass im Vorfeld für den Vereineball Verträge u.a. mit Catering, Künstler, etc. geschlossen wurden, dass der Verein auf die Unterstützung durch die Stadt angewiesen ist. Weiter berichtet er, dass der Verein eine Steuererklärung machen muss, da der Verein keine Gemeinnützigkeit nachweisen kann, diese wird nicht durch ein Mitglied des Vorstandes gemacht. Eine Abrechnung wird nach der Veranstaltung erfolgen. Alle Vereine werden angeschrieben und aufgefordert sich am Vereineball zu beteiligen.

StRn Buchheim bittet um Rasenmähd auf dem Friedhof Klepzig. Weiter erklärt StRn Buchheim, dass das Datum der Einladung für die Kulturstiftungsmitglieder nicht mit dem angegebenen Tag übereinstimmt.

StR Reisbach bittet um Rasenmähd auf dem Friedhof Zehringen. Weiter fragt er nach dem Stand der Dienstaufsichtsbeschwerde gegenüber einem Mitarbeiter des Friedhofes. Er erklärt, dass laut Aussagen des Verfassers der Dienstaufsichtsbeschwerde, dies nicht im Posteingangsbuch der Verwaltung geführt wird. Abschließend fragt er nach dem Baugrundstück in der Halleschen Straße, ehemals BMK, der Investor erklärte gegenüber StR Reisbach, dass seitens der Verwaltung neue Hürden gegenüber der geplanten Wohnbebauung aufgebaut werden. Er bittet um Stellungnahme der Verwaltung. Abschließend bittet StR Reisbach um eine Kopie des Protokolls des Sozial- und Kulturausschusses in dem der Haushalt beraten wurde.

Der **OB** informiert, dass im 2. Sonderhauptausschuss im Mai die Vergabe der Rasenmähd auf allen Ortsteilfriedhöfen beschlossen wurde, der Beschluss wurde im Anschluss ordnungsgemäß umgesetzt und die Firma, die den Zuschlag der Vergabe erhalten hatte, informiert. Zum Sachstand Hallesche Straße wird eine schriftliche Stellungnahme erfolgen. Zur Einladung Stiftungsmitglieder wird es eine interne Richtigstellung geben und eine Information an die Mitglieder rausgehen.

StR Kasperski bittet um Ergänzung, dass die Ortsfriedhöfe Baasdorf und Arensdorf auch dringend gemäht werden müssen.

StR Müller hat eine Rückfrage bezüglich der schriftlichen Beantwortung seiner Anfrage zur Emil-von-Behring-Straße. Er erklärt, dass der OB in der schriftlichen Beantwortung geschrieben hat, dass der OB bis zu einer bestimmten Anzahl von Wohnungen und bis zu einer bestimmten Summe an Baukosten allein entscheiden kann. Er informiert, dass das entsprechende Haus mehr als 3 Wohnungen hat und die Summe der Baukosten überstiegen wurde, weiter stimmt nach seiner Ansicht der Abstand zum Nachbargrundstück nicht. Er bittet um Korrektur durch den OB.

Der **OB** bittet um wörtliche Protokollierung seiner Antwort.

„Herr Müller lesen Sie bitte meine Antwort bis zu Ende, dort finden Sie die Begründung, woraus ich schlussfolgere, dass die Verantwortung bei mir gelegen hat und nicht beim BSU.“

StR Müller erklärt, dass er sich dennoch nicht mit der Beantwortung zufrieden geben kann, da aus seiner Sicht den Gesetzmäßigkeiten widersprochen wird.

StR Roman Schönemann fragt, ob die Friedhofsbegehung eine öffentliche Veranstaltung war.

Der **OB** erklärt, dass er im öffentlichen Teil des Stadtrates die Stadträte zur Friedhofsbegehung eingeladen hatte.

StR Reisbach fragt nach der Öffnung der Verwaltung und verweist auf die Inzidenzwerte, die derzeit unter 10 liegen.

Der **OB** erklärt, dass weiterhin die AHA-Regelungen gelten und verweist beispielsweise auf den Bereich vor den Einwohnermeldeamt, wo die AHA-Regelungen bei Bürgerverkehr ohne vorherige Terminvergabe nicht eingehalten werden können.